

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Sieler MdB zum Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes: Bau der WAA, Verfolgung der Gegner einstellen

Seite 1

Hermann Buschfort MdB zum neuen Grundsatzprogramm der Arbeiterwohlfahrt: Weiterentwicklung der Sozialhilfe erforderlich.

Seite 3

Professor Dr. Uwe Holtz MdB zu einer Kampagne des Europa-Rates: Die Bomben, die den Nord-Süd-Ausgleich bedrohen, entschärfen.

Seite 4

Klaus-Jürgen Lals zu einem neuen TV-Projekt in Rheinland-Pfalz: Schwarzer Sender präsentiert sich als „Bürger-service“.

Seite 6

43. Jahrgang / 21

1. Februar 1988

Bau der WAA und Verfolgung der WAA-Gegner einstellen

Zum Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes

Von Wolfgang Sieler MdB

Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes zum Bebauungsplan der WAA hat deutlich gemacht, auf wie wackligen Füßen das Projekt in Wackersdorf steht. Vor allem die Urteilsbegründung beinhaltet vernichtende Aussagen über die bayerische Umweltpolitik: wenn das Gericht bemängelt, bei dem Bauvorhaben seien die Risiken aus der ionisierenden Strahlung nicht genügend berücksichtigt worden, so zeigt dies deutlich, wie leichtfertig in München und Bonn mit der Gesundheit der oberpfälzer Bevölkerung umgesprungen wurde, um das Entsorgungskonzept der verfehlten Energiepolitik durchzusetzen.

Das bayerische Innenministerium gibt jetzt selbst zu, daß die baurechtlichen Fragen „noch nicht abschließend geklärt“ seien und kritisiert deshalb den Verwaltungsgerichtshof, er hätte zuerst das Bundesverwaltungsgericht zwecks höherinstanzlicher Klärung anrufen sollen. Die richtige Konsequenz aus dem Eingeständnis des Innenministeriums ist nach meiner Meinung eine andere: der Bau der WAA muß sofort gestoppt werden, wenn derartige Unklarheiten bestehen. Es ist unverantwortlich, nach den vom Gericht festgestellten Sicherheitszweifeln weiterzubauen, als wäre nichts geschehen. Ich stimme dem Amberger Richter am Landgericht und WAA-Gegner Helmut Wilhelm zu, der unlängs erklärte, Staatsregierung und Betreiberfirma DWK hätten wohl jedes Gespür für das Rechtsempfinden der Bevölkerung verloren, wenn sie jetzt den Baustopp ablehnten.

Zweifel sind auch deshalb zunehmend angebracht, weil in der letzten Woche bekannt wurde, daß ein DWK-Beschäftigter in die NUKEM-Schmiergeld-Affäre verwickelt ist. Offenbar kann die Betreiberfirma einer derart sensiblen Anlage wie der WAA nicht dafür garantieren, daß ihre Mitarbeiter sauber sind.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heuseallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Vermöglicher Umgang
mit wertvollen Ressourcen
Recycling-Papier



Ich habe mich bereits vor einiger Zeit an das Bundesumweltministerium gewandt und nachgefragt, inwieweit die DWK über ihr Engagement im belgischen Atomzentrum Mol auch in den Proliferationskandal verwickelt sein könnte. Die DWK hatte nämlich Interesse, die stillgelegte WAA „Eurochemic“ auf dem Gelände von Mol zu übernehmen und wieder in Betrieb zu setzen. Eurochemic unterliegt, weil stillgelegt, nicht mehr den Kontrollen der Internationalen Atomenergiebehörde; hier könnte also das Proliferationsloch sein, nach dem bisher vergeblich gesucht wurde. Eine Antwort des Ministeriums auf meine Frage steht bisher noch aus.

Solange derart gravierende Zweifel an der Zuverlässigkeit der DWK bestehen, kann die angemessene politische Forderung nur sein: sofortiger Baustopp.

Die bayerische Staatsregierung verfährt bisher anders: sie verfolgt Gegner der WAA, die lediglich ihre Grundrechte nutzen, mit der Disziplinarordnung des Bayerischen Beamtengesetzes und will sie so durch Angriffe auf ihre berufliche Existenz mundtot machen. Anlaß ist die Anzeige „Wir lassen uns nicht einschüchtern!“, mit der Lehrerinnen und Lehrer aller Schularten aus der Oberpfalz in regionalen Zeitungen dagegen protestierten, daß der Ministerpräsident und der Kultusminister von angeblicher „Terrorisierung“ und „Poltagitation“ der oberpfälzer Kinder durch WAA-kritische Lehrer sprachen. Gegen einige der Unterzeichner der Anzeige hat die Regierung der Oberpfalz nun Vorermittlungsverfahren nach der Disziplinarordnung wegen eventueller Verletzung der Beamtenpflichten eingeleitet. Die haarsträubende Begründung für die Ermittlungen: in der Zeitungsanzeige seien die CSU, der Kultusminister und der Ministerpräsident als oberster Dienstherr von Beamten in aller Öffentlichkeit kritisiert worden; „allgemein gilt für die Kritik an Maßnahmen oder Verhaltensweisen eines Vorgesetzten“, so heißt es in einem Brief an einen betroffenen Lehrer, „daß der Beamte mit solcher Kritik grundsätzlich nicht an die Öffentlichkeit gehen darf“.

Ich halte dieses Vorgehen der Regierungsorgane für einen eklatanten Verstoß gegen die Grundfreiheiten unserer Verfassung. Politisch engagierte Beamte sollen so in allen Fragen, auch in solchen, die ihre unmittelbare Berufsausübung gar nicht betreffen, zum Stillschweigen gegen ihre Landesregierung vergattert werden. Der unkritische Beamte als verlängerter Arm der Regierungspartei ist offenbar das Ziel der CSU. Der königlich-bayerische Obrigkeitsstaat läßt grüßen.

Ich habe bereits dem für die Vorermittlungsverfahren verantwortlichen Regierungspräsidenten in Regensburg geschrieben, daß ich an der beanstandeten Zeitungsanzeige nichts erkennen kann, was dem Mäßigungsgebot für Beamte zuwider liefe. Dies hat jetzt implizit der Bayerische Verwaltungsgerichtshof bestätigt: wenn nicht einmal die nuklearspezifischen Auswirkungen der WAA im Bebauungsplan angemessen berücksichtigt waren und dieser deshalb für rechtsunwirksam erklärt wurde, so kann man es um ihre Gesundheit besorgten Bürgern nicht verdenken, daß sie sich gegen ein solches Projekt wehren. Das gilt auch für Beamte. Bedenkt man, daß die Auseinandersetzungen um die WAA als einer die Lebensgrundlagen betreffenden Frage von allen Seiten in größerer Schärfe geführt werden als zum Beispiel Diskussionen um die Neupflasterung eines Bürgersteigs, so muß sich dies auch im Vollzug des Mäßigungsgebotes für Beamte niederschlagen.

Das jetzige Vorgehen gegen die Lehrer kann nur als nicht hinzunehmender Einschüchterungsversuch gewertet werden. Dieser politisch motivierte Mißbrauch der Disziplinarordnung muß ebenfalls sofort gestoppt werden, wenn unsere freiheitliche Grundordnung am WAA-Projekt nicht weiteren Schaden nehmen soll.

(-/1.2.1988/rs/ks)

* * *



Weiterentwicklung der Sozialhilfe erforderlich

Die Kommunen müssen finanziell entlastet werden

**Von Hermann Buschfort MdB
Bundevorsitzender der Arbeiterwohlfahrt**

In ihrem neuen Grundsatzprogramm „Humanitäres Handeln aus politischer Verantwortung“ vom Oktober 1987 fordert die Arbeiterwohlfahrt als Sozialanwalt für die Bedürftigen unserer Gesellschaft und für Sozialhilfeempfänger eine Reform und Weiterentwicklung der Sozialhilfe. Nach Ansicht der Arbeiterwohlfahrt wird eine Gesellschaft daran gemessen, wie sie mit ihren Bedürftigen und Schwachen umgeht.

Die Sozialhilfe muß heute zu Lasten der Kommunen Unterstützungsaufgaben wahrnehmen, wofür sie nicht konzipiert und deshalb finanziell überfordert wird. Sie ist angelegt als Auffangnetz für Bürger, die - in der Regel vorübergehend - in eine besondere Notlage geraten sind, die sie aus eigener Kraft nicht bewältigen können. Sozialhilfe ist nicht gedacht zur Behebung von Massennotständen, zum Beispiel infolge Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit und zu geringer Altersrenten.

Deshalb fordert die Arbeiterwohlfahrt insbesondere

- daß die Sozialhilfe von versicherungs- und versorgungsähnlichen Dauerleistungen befreit wird, die elementaren Grundsätze der Sozialhilfe wieder verwirklicht werden, konkrete individuelle Bedarfe ausreichend zu decken, den Nachrang gegenüber anderen Leistungen herzustellen und auch persönliche Hilfen zu leisten,
- ein neues Bedarfsbemessungssystem für Regelsätze einzuführen, das den alten „Warenkorb“ ablöst und bedarfsgerechte Regelsätze zu leisten,
- die Wahl- und Mitwirkungsrechte der Hilfesuchenden nicht einzuschränken, sondern zu stärken,
- qualifizierte Sozialplanung durch Sozialhilfeträger beziehungsweise Kommunen in enger Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, Selbsthilfegruppen und Initiativen zu verwirklichen.

Da die Arbeiterwohlfahrt sehr wohl um die finanziellen Nöte vieler Kommunen weiß, fordert sie energisch die finanzielle Entlastung der Kommunen von Bund und Ländern, zumindest solange nicht Arbeitslose bedarfsgerechte Unterstützungsleistungen durch die Arbeitsämter erhalten, solange keine Reform der Pflegekosten verwirklicht ist und so weiter.

Die Arbeiterwohlfahrt setzt sich für die berechtigten Interessen der Betroffenen bei der Durchsetzung ihrer gesetzlichen Ansprüche und für eine gesetzesmäßige Sozialhilfepaxis ein, weil sie sich als Sozialanwalt versteht. Dies geschieht in ihren Sozialberatungsstellen, durch ihre Mitarbeit in kommunalen Sozialausschüssen, bei der Beteiligung sozialerfahrener Bürger sowie über Arbeitsgemeinschaften freier und öffentlicher Träger.

(-/1.2.1988/rs/ks)

* * *



Die Bomben, die den Nord-Süd-Ausgleich bedrohen, entschärfen

Zu einer Kampagne des Europa-Rates

Von Professor Dr. Uwe Holtz MdB
Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europa-Rates

Hunger tut weh, eine zu hohe Verschuldung behindert Entwicklung, Folter verursacht Schmerzen und zerstört die Freiheit des Menschen. Krieg tötet. Besonders auf der südlichen Hälfte unseres Planeten gibt es viele Menschen und auch viele Kinder, die an Hunger und Unterentwicklung leiden, die durch Unterdrückung und Krieg sterben. Denen, die auf der nördlichen Hälfte in den hochentwickelten Industrieländern leben, geht es da viel besser, aber dennoch sind auch sie bedroht: von Umweltzerstörung, von Arbeitslosigkeit, von Unfrieden, dessen eine wichtige Wurzel in den oft ungerechten Beziehungen zwischen den benachteiligten Entwicklungsländern und den Industrieländern liegt. „Wer den Krieg ächten will“, schrieb Willy Brandt zu Recht, „muß auch das Massenelend bannen“.

Meines Erachtens gibt es mindestens vier Bomben, die den Nord-Süd-Ausgleich bedrohen beziehungsweise die schon explodiert sind, nämlich die Armutsbombe, die Verschuldungsbombe, die Öko-Bombe und wohl auch die Bevölkerungsbombe. All diese Bomben müssen beseitigt werden.

Ost und West proben den Einstieg in die Abrüstung, in die militärische Entspannung. Nord und Süd müssen jetzt auf wirtschaftliche und soziale Entspannung setzen. Die Menschen im Süden sind in ihren Lebenschancen stark abhängig vom Norden. Dem Norden ist noch nicht ausreichend bewußt, daß sein Schicksal auf das engste mit dem des Südens verbunden ist. Und ich füge hinzu: wir erleben eine bislang noch nicht gekannte Internationalisierung der „condition humaine“. Voltaire nannte einmal diesen unseren Planeten ein Dreckspritzenchen, „un bout de terre“. Vielen ist nicht klar, daß dieses Dreckspritzenchen Erde entweder eine gemeinsame Zukunft hat oder gar keine.

Deshalb führt der Europa-Rat in diesem Jahr eine Nord-Süd-Kampagne durch und stellt sie unter das Leitwort „Nord-Süd - eine Zukunft, eine gemeinsame Aufgabe“.

Auf Anregung der Parlamentarischen Versammlung hatte der Europa-Rat beschlossen, in Zusammenarbeit mit der Europäischen Gemeinschaft und mit breiter Unterstützung der Nicht-Regierungsorganisationen diese Kampagne durchzuführen. Sie erhielt ihren Anstoß durch die vom Europa-Rat in Lissabon veranstaltete internationale Konferenz „Nord-Süd: Europas Rolle“ vom April 1984. Sie ist hauptsächlich eine europäische Kampagne und richtet sich an die europäische Öffentlichkeit in den 21 Mitgliedstaaten des Europa-Rates. Sie wird von europäischen und nationalen Institutionen, Organisationen und auch Einzelpersonen getragen. Eine vitale Rolle bei der Durchführung der Kampagne spielen die Nicht-Regierungsorganisationen, die Medien, die Schulen, die Städte und Gemeinden, weil diese Kampagne vor allem eine Kampagne „von unten“ sein soll.

Der Präsident der Kampagne, der spanische König Juan Carlos I. sieht die Schaffung eines europäischen Bewußtseins als vordringlich im Hinblick auf zwei Grundtatsachen im Nord-Süd-Verhältnis an, die im Kampagnentitel auch zum Ausdruck kommen, nämlich Interdependenz, „eine ständige menschliche Sehnsucht und zugleich Realität in unserer Zeit“, wie der König sagte, und Solidarität, „eine unabdingbare Prämisse für die Öffnung auf eine bessere Zukunft“.



Die Kampagne soll vor allem einer breiten Öffentlichkeit in unseren Ländern bewußt machen, in welchem hohem Maße die Industrie- und Entwicklungsländer voneinander abhängen und wie die Nord-Süd-Beziehungen das tägliche Leben der Menschen mit beeinflussen. Die Kampagne soll die Botschaft verbreiten, daß Solidarität, ein fairer Nord-Süd-Ausgleich und die Beseitigung ungerechter Strukturen sowohl ein Gebot der Vernunft als auch eine moralische Verpflichtung sind. Sie soll dahin führen, daß Europa seine Verantwortung in der Nord-Süd-Kooperation verstärkt wahrnimmt, daß es neue politische Initiativen ergreift und „Entwicklung“ als eine umfassende, gemeinsame Aufgabe der Zukunftssicherung versteht.

Ein bedeutender und sinnvoller Ausdruck der Solidarität kann die - allerdings umzugestaltende - entwicklungspolitische Zusammenarbeit sein. In der „Lissaboner Erklärung zum Nord-Süd-Verhältnis“ hatten wir „zu einem Neubeginn im Nord-Süd-Dialog“ aufgerufen und ein neues Konzept von internationaler Hilfe und Entwicklung gefordert. Die internationale Hilfe soll sich auf die Förderung einer selbstbestimmten, sich selbst tragenden sozialen und ökonomischen Entwicklung konzentrieren. Sie soll daher Nachdruck auf Programme legen, welche Gesundheit, Bildung und Ausbildung auf jeder Ebene fördern, Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und die ländliche Entwicklung stärken. Die wichtige Rolle der Frauen im gesamten Entwicklungsprozeß wurde ausdrücklich anerkannt; sie soll vorrangig gefördert werden. Ressourcensparende Lebensweisen und ressourcensparende Produktionsmethoden sollen gefördert werden.

Sieben große interdependente Problemkreise wurden als Leitlinien für die Aktivitäten der Kampagne festgelegt: Handel, Landwirtschaft, Umwelt, Verschuldung, Entwicklungshilfe, Arbeitsplätze und soziokulturelle Beziehungen, wobei es in der Hand der jeweiligen Organisationen liegt, weitere thematische Schwerpunkte, zum Beispiel Bevölkerung, hinzuzufügen.

Im Nord-Süd-Verhältnis gibt es krasse Gegensätze und dramatische Ungleichheiten. Um sie zu vermindern, tragen sowohl die Regierungen des Nordens als auch des Südens Verantwortung bei der Umstrukturierung der nationalen und internationalen Wirtschaftspolitiken. Es geht darum, auf weltweiter Ebene Gerechtigkeit und mehr Gleichheit in den Lebensbedingungen zu fördern.

Die Nord-Süd-Kampagne bietet den Mitgliedsländern des Europa-Rates die Möglichkeit, ihre Orientierungen gegenüber den Entwicklungsländern zu überprüfen und gegebenenfalls zu revidieren, damit zukunftsgerichtete, solidarische Lösungen durchgesetzt werden können.

Das Europa der 21 muß an der Entwicklung der Dritten Welt auch ein eminent politisches Interesse haben. Europa hat viel zu verlieren in einer Welt, die lediglich in zwei Blöcke eingeteilt ist. Wir, das heißt die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der 21 demokratischen Staaten des Europa-Rates, wollen eine überlebensfähige, gerechtere und bessere Welt, in der alle Menschen frei von Hunger und Unterdrückung leben können.

(-/1.2.1988/rs/ks)

* * *

Schwarzer Sender präsentiert sich als „Bürgerservice“**Zu einem neuen TV-Projekt in Rheinland-Pfalz**

Von Klaus-Jürgen Lals
Medienpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Landtag von Rheinland-Pfalz

Wer ständig die Unabhängigkeit und Staatsferne von Rundfunk und Fernsehen im Munde führt, muß sich ganz besonders vorsehen, daß er sich nicht selbst in diesem undurchsichtigen Netz verheddert.

„Bürgerservice“ heißt ein Programm, das vorwiegend in Ludwigshafen und der Vorderpfalz - bald auch landesweit - als privater Fernsehkanal über die Fernsehschirme flimmert. Weitgehend schwarz gefärbt, wenn man sich die tragenden Kräfte dieses Programms genauer ansieht. Da tummeln sich unter der Führung des CDU-Landtagsabgeordneten Kurt Rocker unter anderem:

- Bistum Mainz
- Landesaktionsgemeinschaft Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz e.V.
- Landesfilmdienst Rheinland-Pfalz e.V.
- Landesverband Rheinland-Pfalz der Lebenshilfe für geistig Behinderte e.V.
- Landesverkehrswacht Rheinland-Pfalz e.V.
- Landeszentrale für Gesundheitserziehung e.V.
- Schutzgemeinschaft Deutscher Wald e.V.

Daran kann man sich natürlich politisch reiben, aber solange in Ludwigshafen jeder senden darf, der sich dazu berufen fühlt und den Vorschriften genügt, soll's halt so sein.

Wenn da nicht der chronische Geldmangel wäre. Denn trotz der rechten politischen Überzeugung, steht der Bürgerservice überwiegend vor leeren Kassen. Aber in solchen Fällen ist auf die politischen Freunde in der Landesregierung von Rheinland-Pfalz Verlaß. Mit einem Stiftungsgesetz sollte ein finanzieller Rettungsring geworfen werden, um die fixen Kosten von jährlich circa 1,5 Millionen DM zu decken. Dazu allerdings wäre ein Stiftungskapital von etwa 30 Millionen DM notwendig, für die unter hoher Verschuldung leidende Staatskasse auch kein Pappanstrich. Bisher hat außer der Landesregierung kein potentieller Stifter angebissen, und so muß nun - wohl oder übel - zunächst einmal die Landesregierung selber das Feuer löschen, das sie angezündet hat.

Deshalb Stiftung hin, Stiftung her, wurden in den Landeshaushalt für die kommenden Jahre jeweils 1,5 Millionen DM eingestellt, formal zwar für die Stiftung, aber eben exakt jener Betrag, den der Bürgerservice dringend braucht.

Subventionen kann man es nennen, ob indirekt oder direkt, ob die Wege verschlungen oder nicht, das Ziel bleibt das gleiche. Der Bürgerservice wird in Zukunft direkt von der Landesregierung finanziert, man kann jetzt schon ahnen, wann dieser Kanal zum reinen Sprachrohr der CDU-Politik degeneriert. Und die Staatsferne bleibt stehen auf dem Papier, das doch so geduldig ist. Medienpolitik als Vetternwirtschaft, eine neue, interessante Variante des Medienpioniers Bernhard Vogel.

Als Aperçu bleibt nachzutragen: Wann die Informationen der letzten Tage stimmen, wenn es wahr ist, was die Spatzen von den Mainzer Dächern pfiffen, wird auch der Bürgerservice dem Medienstandort Ludwigshafen den Rücken kehren. Einen Schritt, den die meisten Anbieter der ersten Ludwigshafener Stunde bereits vollzogen haben. Aus dem richtungweisenden Medienmodell Ludwigshafen ist für Bernhard Vogel eine Ruine geworden, aufgeschichtet mit Millionen an Landes- und Gebührengroschen, die man auch - auf immer Wiedersehen - in den Rhein hätte werfen können.

(-/1.2.1988/rs/ks)